Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

FDP BW · Rosensteinstr. 22 · 70191 Stuttgart

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Faißt
Hauptstr. 1

71272 Renningen

Stuttgart, 23.02.2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Faißt,

herzlichen Dank für die Übergabe der Fragen der Freien Wähler zur Landtagswahl und die damit verbundene Gelegenheit, die Positionen der Freien Demokraten zu erläutern. Nachfolgend Ihre Fragen und unsere Antworten.

Demografie
Familienpolitik

- Mit welchen Maßnahmen möchten die Parteien eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern?

  Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie Schule und Beruf weiter verbessern und flexiblere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten fördern sowie Tagesmütter und Tagesväter unterstützen und nicht durch eine bürokratische Überregulierung behindern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Ganztagsbetreuung durch das Land unterstützt wird. Dabei ist es gleich, ob es sich um Ganztagsschulen, Kinderhorte oder andere Ganztagsbetreuung in freier Trägerschaft handelt. Das Budget folgt auch hier dem Kind. Es ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Ganztagsschulen auch eine Ganztagsbetreuung anbieten – es kommt bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nämlich insbesondere darauf an, dass die übliche Arbeitszeit plus Fahrzeiten durch die Betreuung abgedeckt ist. Ferner wollen wir das Problem der Schulferienbetreuung angehen, damit durch die Vielzahl an Ferientagen berufstätige Eltern nicht zu sehr belastet werden. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen, die zusammen mit den Kommunen, Kirchen und Vereinen entwickelt bzw. verbessert werden müssen und die auch eine zuverlässige Nachmittagsbetreuung gewährleisten können.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12

www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

- Welche besonderen Schwerpunkte legen die Parteien in den Bereichen „Bildung" und „Betreuung"?

  Baden-Württemberg ist auf ein exzellentes Bildungswesen angewiesen: Unser Wohlstand, aber auch die Lebenschancen eines jeden Einzelnen hängen entscheidend von der Qualität unserer Bildung ab. Dieses Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren durch die grün-rote Landesregierung in erhebliche Unruhe versetzt worden. Dabei setzen auch wir Freie Demokraten uns für notwendige Reformen im Bildungswesen ein; wir lehnen aber ein radikales Umkrempeln unseres bisher sehr erfolgreichen Bildungssystems ab. Die Gesellschaft braucht ein Bildungssystem, das in den Menschen die Freude, Bereitschaft und Befähigung fördert, Verantwortung für sich selbst und soziale Verantwortung zu übernehmen.

  Um in Zukunft wieder erfolgreich arbeiten zu können, sind die Schulen in unserem Land, d. h. die Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen, die über die Dauer von Legislaturperioden hinaus gelten. Aus diesem Grund streben wir Freie Demokraten einen Schulfrieden an mit dem Ziel, allen am Schulwesen Beteiligten mehr Planungssicherheit zu garantieren. Nach unseren Vorstellungen soll vor Ort in eigener Verantwortung über das jeweilige Bildungsangebot entschieden werden, und das Land stellt hierfür in ausreichendem Maße die Ressourcen zur Verfügung. Ein baden-württembergischer Schulfriede wäre eine wichtige Voraussetzung, damit unser Land wieder Trendsetter im deutschen Bildungsbereich würde und die Politik sich wieder mit den reformbedürftigeren Bildungsinhalten beschäftigen könnte.

  Wir werden:

  uns für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg einsetzen, der verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Wir wollen, dass das Land bedarfsgerecht die Ressourcen bereitstellt und die Beteiligten vor Ort (Schulen und Schulträger) über die konkrete Ausgestaltung des Bildungsangebots selbst entscheiden können,

  dafür sorgen, dass flächendeckend Bildungsregionen eingerichtet werden und im Rahmen der regionalen Schulentwicklung über die Ausgestaltung des Angebots an weiterführenden Schulen entschieden wird,

  jede Bildungsregion mit einem nach der Zahl der Schüler bemessenen Budget an Lehrerwochenstunden ausstatten, über dessen Verteilung auf die verschiedenen Schularten die Bildungsregion entscheidet. Jede Schule soll bedarfsgerecht ausgestattet werden,

  die finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten schaffen. Obwohl wir nicht glauben, dass sich die zahl-

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

reichen Hoffnungen erfüllen werden, die sich die Befürworter der Gemeinschaftsschule versprechen, wollen wir ihr im Rahmen der Bildungsregion Bestandsschutz geben,

allen Schulen bzw. ihren Schulträgern und den Bildungsregionen die Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung auszugestalten bzw. zu Verbundschulen zusammenzufassen. Sie können insbesondere bestehende Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen fortführen oder Verbundschulen aus Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen bilden, d. h. Haupt-/Werkrealschulbildungsgang und Realschulbildungsgang unter einem Dach führen,

den Schulen ein eigenes Budget zuweisen. Sie dürfen über Personalangelegenheiten sowie ihr inhaltlich-pädagogisches Profil eigenständig entscheiden.

Wir Freie Demokraten sehen die Hauptverantwortung für die Erziehung bei den Eltern, denn Bildung beginnt nicht mit dem ersten Schultag, sondern mit dem ersten Lebenstag. Von Anbeginn erkunden Kinder die Welt, eignen sie sich an und wachsen in sie hinein. Kinder sind besonders wissbegierig und lernfähig. Gleichzeitig prägen sie ihre Erfahrungen der ersten Jahre in entscheidender Weise. Die frühkindliche Bildung und Förderung spielt deshalb eine Schlüsselrolle für die gesamte Bildungsbiographie eines Menschen.

Aus diesem Grund tritt die FDP dafür ein, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vor allem auch als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Unser wichtigstes Ziel ist es, eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote sicherzustellen. Gleichzeitig betrachten wir Freie Demokraten es als unseren Auftrag, für eine möglichst große Wahlfreiheit der Eltern zu sorgen. Eine Betreuung durch Tageseltern ist als gleichwertig mit einer Betreuung in einer Kindertagesstätte anzuerkennen und auch entsprechend zu bezuschussen. Im Grundschulbereich sollen die Eltern die Wahl besitzen, ob sie ihr Kind für eine verpflichtend-rhythmisierte Ganztagsbetreuung, für offene Angebote am Nachmittag oder nur zu einem wesentlich am Vormittag stattfindenden Unterricht anmelden. Qualität und Wahlfreiheit sind für uns Freie Demokraten zwei Seiten derselben Medaille. Wahlfreiheit zieht einen Wettbewerb im besten Sinne nach sich und sichert somit die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote.

Wir werden:

mit kommunalen und freien Trägern ein Gutscheinmodell entwickeln. Die Eltern können die Gutscheine flexibel für ihre Kinder einsetzen und damit die Finanzierung von frühkindlicher Betreuung auf eine tragfähige Grundlage stellen,

die Tageseltern an Investitionszuschüssen beteiligen, die bislang nur den Kindertagesstätten zugutekommen,

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für eine gute frühkindliche Bildung in den Kindergärten flächendeckend umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstattung sichergestellt ist und der Plan für verbindlich erklärt wird,

die im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung bereits praktizierte Sprachstandserhebung mit den mittlerweile gewonnenen Erfahrungen weiterentwickeln. Ziel ist es, sie mit einer individuellen Bildungs- und Entwicklungsberatung zu verbinden, um nicht nur Defizite auszugleichen, sondern auch Begabungen und Neigungen zu fördern,

zusätzlich zur verpflichtend rhythmisierten Ganztagessschule auch die offene Ganztagesschule als Schulform ins Schulgesetz aufnehmen. Durch offene Nachmittagsangebote entsteht für die Eltern ein echtes Wahlrecht zwischen einem Schulbesuch nur am Vormittag oder unter Einbeziehung des Nachmittags,

die im Wesentlichen nur noch für Grundschulen geltenden Schulbezirke abschaffen und den Eltern die freie Wahl der Grundschule überlassen.

- Wie stehen die Parteien zum Gymnasium und zu den „verbliebenen" Realschulen als wichtiger Bildungssäule für den Mittelstand?

  Das Gymnasium führt junge Menschen erfolgreich zur Hochschulreife und zeichnet sich durch Leistungsorientierung und ein hohes fachliches Niveau aus. Es verbindet die Vorbereitung für ein Studium und eine qualifizierte berufliche Tätigkeit mit einem humanistischen und naturwissenschaftlichen Bildungsanspruch. Um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern, brauchen wir ein starkes Gymnasium. Maßnahmen wie eine Absenkung des Abiturniveaus, fachliche Nivellierungen beispielsweise durch einen Einheitsbildungsplan oder ein „Abschulungsverbot" schwächen dagegen das Gymnasium.

  Die FDP ist entschlossen, das Gymnasium gegen offene wie versteckte Schwächungsversuche zu verteidigen und für seinen Bestand zu kämpfen. Wir Freie Demokraten stehen zum achtjährigen Gymnasium, das bei effizienter Organisation einen zügigen Erwerb des Abiturs ermöglicht. Nachdem die grün-rote Landesregierung aber an 44 Standorten eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zugelassen hat, wollen wir aus Gerechtigkeitsgründen allen Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bei gleicher Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln ermöglichen.

  Wir werden:

  das Gymnasium in seinem Bestand erhalten und stärken. Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schularten wie beispielsweise einen Einheitsbildungsplan, ein sogenanntes „Abschulungs-

verbot" oder eine Niveauabsenkung der gymnasialen Oberstufe beziehungsweise des Abiturs lehnen wir entschieden ab beziehungsweise wollen sie rückgängig machen,

in der gymnasialen Kursstufe wieder mehr Möglichkeiten individueller Schwerpunktsetzung zulassen. Wir fordern deshalb eine Wiedereinführung von Grund- und Leistungskursen,

den mit zusätzlichen Personalmitteln ausgestatteten und erhebliche Gerechtigkeitsprobleme aufwerfenden „Schulversuch G9" auslaufen lassen. Stattdessen wollen wir allen Gymnasien die Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht oder neun Jahre zu verteilen, und sie hinsichtlich der Ausstattung mit Personalmitteln gleichstellen,

für Schülerinnen und Schüler, die an Realschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen den Mittleren Bildungsabschluss erworben haben und aufgrund des Notendurchschnitts über die Voraussetzungen verfügen, ausreichend Plätze an den beruflichen Gymnasien zur Verfügung stellen. Die beruflichen Gymnasien bieten mit ihrer dreijährigen Oberstufe einen auf die sechsjährigen Bildungsgänge abgestimmten Anschluss an und bilden somit die reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium.

Die zielstrebige und leistungsfördernde Pädagogik sowie das anspruchsvolle Niveau ihres Unterrichts begründen den beeindruckenden Erfolg der Realschule. Die Wirtschaftsbetriebe in Baden-Württemberg schließen gerne einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag mit Realschulabsolventen ab, denn der Realschulabschluss bürgt für Qualität. Auf diese Weise eröffnet die Realschule zahlreichen jungen Menschen echte Lebens- und Berufsperspektiven. Die Realschule ist zugleich die Schule des Bildungsaufstiegs. Ihr ist es zu verdanken, dass der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss!" gelebte Wirklichkeit im baden-württembergischen Schulwesen ist. Die Realschule hat einen entscheidenden Anteil daran, dass rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg über die Beruflichen Schulen erworben werden.

Durch die überstürzte Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wurden die Realschulen vor enorme Herausforderungen gestellt. Schon allein deshalb benötigen die Realschulen eine bessere Ausstattung. In einem zweisäuligen Schulsystem, das nur noch Gemeinschaftsschule und Gymnasium kennt, wäre die Zukunft der Realschule bedroht. Wir Freie Demokraten lehnen nicht nur die Zwei-Säulen-Strukturvorgabe entschieden ab, sondern kämpfen auch dafür, dass die Realschulen bestehen bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können, ohne zur Übernahme der Pädagogik der Gemeinschaftsschule gezwungen zu sein.

Wir werden:

die den Realschulen eröffnete Möglichkeit beibehalten, zusätzlich zum Realschulabschluss auch

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

den Hauptschulabschluss anzubieten - hierfür müssen die Realschulen angemessen ausgestattet werden,

zu diesem Zweck die Realschulen mit Personal- und Sachmitteln so ausstatten, dass sie sowohl auf den Realschulabschluss als auch auf den Hauptschulabschluss fundiert vorbereiten können,

den Realschulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob sie mit innerer oder äußerer Differenzierung auf den Hauptschulabschluss beziehungsweise die Mittlere Reife vorbereiten. Wenn die Realschulen Kurse auf unterschiedlichen Niveaus bilden wollen, soll dies selbstverständlich möglich sein. Einen Zwang zur Übernahme der Gemeinschaftsschulpädagogik wie beispielsweise eine Abschaffung von Noten und Sitzenbleiben oder ein Verbot von Kursen auf unterschiedlichen Niveaus darf es nicht geben,

den weiterführenden Schulen das Recht geben, sich über die Grundschulempfehlung ihrer Schüler zu informieren,

die aufgrund der abgeschafften verbindlichen Grundschulempfehlung veränderte Situation an den weiterführenden Schulen beobachten und evaluieren. Wenn trotz vielfältiger Anstrengungen die Sitzenbleiberquote nicht sinkt, würde die FDP die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung mit Öffnungsklausel nicht scheuen.

- Wie stehen die Parteien zu den beruflichen Schulen?

Unser Berufsbildungssystem zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Schularten und fachlichen Profilen, eine berufspraktische Ausrichtung sowie eine leistungsorientierte, differenzierte und am gesellschaftlichen Wandel orientierte Pädagogik aus. Auf diese Weise werden zahlreiche junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen erfolgreich zu einem Abschluss geführt und ihre Ausbildungs-, Hochschul- oder Beschäftigungsfähigkeit gesichert. Herzstück des Berufsbildungssystems ist die gemeinsam von Betrieben und Berufsschulen verantwortete duale Ausbildung, die ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell ist.

Die Beruflichen Schulen sind erfolgreiche Ausbildungseinrichtungen für qualifizierte Fachkräfte und sorgen auch dafür, dass der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss" hier gelebte Wirklichkeit ist. So wird in Baden-Württemberg rund die Hälfte der Hochschulzugangsberechtigungen über die beruflichen Schulen erlangt. Wir wollen unser Berufsbildungssystem stärken und werden es gegen Austrocknungsbestrebungen in Form von Einheitsschulmodellen mit Leidenschaft verteidigen. Angesichts sinkender Schülerzahlen ist die Sicherung verlässlicher Strukturen und Bildungsangeboten in hoher Qualität in der Fläche unseres Landes wichtig. Dies gilt besonders für den beruflichen Bereich. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft sind auf

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

qualifizierten Nachwuchs nicht nur aus dem akademischen, sondern ebenso aus dem berufsbildenden Bereich angewiesen.

Wir werden:

das ausdifferenzierte Angebot an beruflichen Schulen erhalten. Auch bei den beruflichen Schulen sollen vor Ort die Schulträger zusammen mit den Unternehmen über die konkrete Ausgestaltung entscheiden,

uns dafür einsetzen, dass sich die Ausstattung der dualen Fachklassen an den Durchschnittsgrößen von 2014 orientiert. Dadurch entsteht Spielraum für innovative Angebote wie z.B. die integrierte Gesellen- und Meisterausbildung oder Zusatzqualifikationen. So ist auch bei sinkenden Schülerzahlen ein wohnortnahes Angebot an Berufsschulplätzen möglich.

den Grundsatz der Partnerschaft und gemeinsamen Verantwortung von Betrieben und Schulen bei der dualen Ausbildung erhalten und stärken. Die dualen Partner sollen weiterhin gemeinsam die Ausbildungspläne entwickeln und eigenständig über Ausbildungsinhalte und die zeitliche Einteilung entscheiden. Auch die gemeinsame Prüfung hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

uns dafür einsetzen, dass die Unterbringung der Auszubildenden in Bezirks-, Landes- und Bundesfachklassen vom Land bedarfsgerecht unterstützt wird. Immerhin hat sich Grün-Rot im Angesicht der herannahenden Landtagswahl bewegt, so dass das Land zukünftig, wie von uns gebetsmühlenhaft als Einstieg gefordert, ein Drittel der Kosten übernimmt. Unabhängig davon bleibt das bayrische Modell das Ziel: Dort werden die Kosten bis auf einen Eigenanteil der Schüler für häusliche Ersparnis vollständig übernommen.

durch Praktika in Betrieben und einen an der beruflichen Praxis orientierten Wirtschaftsunterricht auch an den allgemeinbildenden Schulen für eine fundierte Berufsorientierung sorgen, ergänzt durch Informationen aus den Beruflichen Schulen über die Chancen dualer Ausbildungen sowie beruflich orientierter Abschlüsse. Auch der Besuch einer Beruflichen Schule im Rahmen eines Praktikums kann eine wichtige Orientierungshilfe sein. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass jede Schülerin und jeder Schüler einer allgemeinbildenden Schule auf eigenen Wunsch die Möglichkeit zu einem Orientierungspraktikum an den Beruflichen Schulen erhält.

die Berufsfachschulen über die Aufnahme der Schüler in eigener pädagogischer Verantwortung entscheiden lassen.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

- Wie stehen die Parteien zu den Förderschulen und damit zur Inklusion in unserem Land?

Das Inklusionsgebot der UN-Behindertenrechtskonvention birgt für uns eine echte Chance: Die Chance, mehr Möglichkeiten für Eltern von jungen Menschen mit Behinderungen hinsichtlich der Schulwahl zu schaffen. Im Mittelpunkt der Bemühungen muss das Wohl jedes einzelnen Kindes stehen. Denn für die FDP hat jeder junge Mensch das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung.

Mit Blick auf das baden-württembergische Schulwesen stehen wir daher vor einer doppelten Aufgabenstellung: Einerseits gilt es, Inklusionsangebote an allgemeinen Schulen einzurichten. Andererseits wollen wir die Sonder- und Förderschulen nicht ins Hintertreffen geraten lassen, denn sie haben sich mit ihren Spezialisierungen eine unverzichtbare Expertise bei der Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Nur wenn sowohl Inklusionsangebote geschaffen werden, als auch die Sonderschulen erhalten bleiben, entstehen zusätzliche Bildungsangebote und somit mehr Wahlmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus legen wir Freie Demokraten größten Wert darauf, dass die Qualität der Bildung und Förderung von Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen auf einem hohen Niveau bleibt. Um dieses hohe Niveau sicherzustellen, bedarf es aus Sicht der FDP nicht nur einer sonder- pädagogischen Fundierung, sondern auch einer funktionierenden Koordinierung der Bildungs- und Förderangebote vor Ort.

Wir treten deshalb dafür ein, die Sonder- und Förderschulen zu erhalten und zu stärken. Im grün-roten Inklusionsgesetz wird das mögliche Ausbluten der Sonderschulen billigend in Kauf genommen. Mehr noch, die Sonderschulen haben im Schulgesetz die Bezeichnung „Schule" verloren und heißen nur noch „Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren". Die FDP hält die Leistungen der baden-württembergischen Sonderschulen im Bereich der Bildung und Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen für herausragend und unverzichtbar. Wir wollen für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FDP den Schulstatus der Sonderschulen eindeutig im Gesetz festschreiben. Zudem sollen die Sonderschulen mit sonderpädagogischem Bildungs- und Beratungszentrum für die fachliche Betreuung und Unterstützung der allgemeinen Schulen bei ihren Inklusionsangeboten zuständig sein.

Mit den so genannten „Außenklassen", die in die allgemeinen Schulen integriert werden, die Verantwortung der Sonderschulen aber zugleich bestehen bleibt, wurden vielerorts sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Außenklassen als eine mögliche Organisationsform erhalten bleiben. Auch die Sonderberufsschulen, die sich teilweise in freier Trägerschaft befinden, haben gute Erfolge bei der Vermittlung von Qualifikationen und bei der Integration von jungen Menschen mit Handicaps in Ausbildung und/oder Arbeit vorzuweisen. Ihre Expertise sollte auch weiterhin nutzbar gemacht werden können.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12

www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

Priorität im Zusammenhang mit der Inklusion müsste nach Auffassung der FDP die Barrierefreiheit an allen Schulen haben. Niemand, der die Unterrichtsziele einer Schule erfüllen kann, darf von ihrem Besuch aufgrund einer Behinderung abgehalten werden. Was den zieldifferenten Unterricht angeht, hält es die FDP für kontraproduktiv, wenn Schulen gegen ihren Willen hierzu gezwungen werden. Wir schlagen deshalb vor, die jedem Schüler und jeder Schülerin mit besonderem Förderbedarf zustehenden Unterstützungsleistungen von Seiten des Landes und der Kommunen als Träger der Eingliederungshilfe in einem Budget zusammenfassen, um die Finanzierung der sonderpädagogischen und inklusiven Angebote entsprechend der Nachfrage sicherzustellen und für die Schulen Anreize zum Aufbau von Inklusionsangeboten mit bestimmten Förderschwerpunkten zu schaffen. Im Rahmen der regionalen Schulentwicklung soll ein stimmiges Gesamtkonzept mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten geschaffen werden. Für jedes Kind mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist eine Bildungswegekonferenz vorzusehen, welche die Eltern bei der Entscheidung für eine Sonderschule oder für ein inklusives Angebot sachkundig berät. Letztlich soll das Kindeswohl ausschlaggebend dafür sein, unter welchen von der Schulverwaltung vorgeschlagenen Alternativen für eine Beschulung des betreffenden Kindes dessen Eltern wählen können. Schließlich sollte sonderpädagogische Bildung und Förderung ein Element der allgemeinen Lehrerausbildung aller Schularten sein. Gleichzeitig muss der eigenständige Studiengang Lehramt Sonderpädagogik erhalten bleiben.

Wir Freien Demokraten legen großen Wert auf die Qualität der sonderpädagogischen Bildung und Betreuung in den Inklusionsklassen beziehungsweise -gruppen. Bei den Beratungen zum grün-roten Inklusionsgesetz im Landtag brachte die FDP/DVP-Landtagsfraktion einen Entschließungsantrag ein, zur Qualitätssicherung eine unabhängige Einrichtung mit der wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung der Inklusion zu betrauen. Jeweils vor den Beratungen über einen regulären Haushalt hätte demnach ein Inklusionsbericht an den Landtag erfolgen sollen, damit dieser auf Problemanzeigen gegebenenfalls reagieren kann. Unter anderem wäre hierbei zu überprüfen gewesen, ob eine ausreichende Versorgung mit Sonderschullehrkräften sichergestellt ist und ob das Konzept der gruppenbezogenen Inklusion umgesetzt bzw. inwieweit Einzelinklusion oder die Bildung gemischter Gruppen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten vermieden werden konnten. Eine solche Qualitätssicherungsmaßnahme erschien uns auch deshalb notwendig, weil zahlreiche Sachverständige – bei einmütigem Bekenntnis zum grundsätzlichen Ziel der Inklusion – mit ihren kritischen Stellungnahmen dem grün-roten Inklusionsgesetz bei einer Öffentlichen Anhörung im Bildungsausschuss am 1. Juli 2015 eine mangelnde Reife bescheinigten. Die grün-rote Regierungsmehrheit lehnte den Antrag der FDP/DVP-Fraktion ab. Wir Freien Demokraten halten ungeachtet dessen an diesem Vorhaben fest.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12

www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

Seniorenpolitik

- Wie fördern die Parteien die bessere und längere Teilhabe der immer „fitter bleibenden" Seniorinnen und Senioren?

  Unser Staat wäre ohne ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement nicht lebensfähig. Vereine und Initiativen aller Art sind ein lebensnotwendiger Baustein unserer Zivilgesellschaft. Dementsprechend muss auch die Landespolitik die ehrenamtlich Tätigen unterstützen und deren Einsatz in angemessener Form würdigen. Die FDP setzt in der Landespolitik an vielen Stellen für umfassende Entbürokratisierung ein. Wir wollen außerdem die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiterhin verbessern, z.B. bei Haftungsfragen und klarere Regelungen für die steuerliche Anerkennung vorantreiben, die eine faire Behandlung der Aktiven bedeuten. Wir wollen die Belastungen des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements zum Beispiel durch das Mindestlohngesetz oder die Lebensmittel-Informationsverordnung abbauen und die rechtlichen Rahmenbedingungen weiterhin verbessern und steuerliche Regelungen für das Ehrenamt weiter vereinfachen und der immer restriktiveren Auslegung durch die Finanzämter entgegenwirken. Außerdem sollen Ehrenamt und Hauptamt besser vernetzt und Potenziale der ehrenamtlich Engagierten einbezogen werden. Das Land fördert seit Jahren das bürgerschaftliche Engagement. Die Arbeitsgemeinschaft des Bürgerlichen Engagements (ARBES) erhält jährlich 218.500 Euro. Die Mitgliedsinitiativen können p.a. 750 Euro für Projekte, Fort- und Weiterbildung erhalten. Ein Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg wurde gegründet. Organisatorisch gesehen ist das Landesnetzwerk ein "Netz von Netzen". Im Mittelpunkt stehen die drei kommunalen Netzwerke, die eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig austauschen: Es handelt sich hierbei um das "StädteNetzWerk BE", das "Landkreisnetzwerk BE" und das "Gemeindenetzwerk BE". Diese drei Netzwerke veranstalten mehrmals jährlich thematisch ausgerichtete Treffen und ermöglichen so einen intensiven Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer unter den Mitgliedern des Netzwerkes und deren lokaler Akteure. Wir schätzen die verschiedenen Freiwilligendienste. Grundsätzlich gibt es keine Altersgrenze, solange der Helfer den jeweiligen Aufgaben gewachsen ist, die zu übernehmen er sich verpflichtet hat. Das Land fördert des Weiteren die Arbeit des Landesseniorenrats mit jährlich 200.000 Euro. Wir schätzen die Arbeit der Seniorenräte auf allen Ebenen als lebendigen Beitrag für gelingendes bürgerschaftliches Engagement.

- Welche Lösungsansätze haben die Parteien, damit ältere Menschenlänger selbstbestimmt in ihren „eigenen vier" Wänden wohnen bleiben?

  Die meisten Menschen wollen gerade im Alter so lange wie möglich ihr vertrautes Umfeld haben. Die Familie vor Ort steht heute als Unterstützung oftmals nicht mehr zur Verfügung. Dann werden Betreuungskräfte engagiert, zumeist Frauen aus Osteuropa. Diese Beschäfti-

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

gungsverhältnisse bewegen sich häufig in einer rechtlichen Grauzone. Wir schlagen vor, durch ein Fördermodell die Qualität und die einwandfreien Arbeitsbedingungen abzusichern. In Österreich funktioniert das bereits, es ist Zeit, dass sich auch hier etwas im Sinne der Betreuerinnen und der Absicherung älterer Menschen im Alter etwas bewegt! Des Weiteren sehen wir großes Potenzial in Alltagsunterstützenden Technologien (AAL) und in der Telemedizin. Wir wollen die Telemedizin aus der Modellphase heraus in die Regelversorgung der Gesetzlichen Krankenversicherung überleiten.

- Wie stehen die Parteien zur Entwicklung von innovativen Wohnquartieren (Jung – hilft Alt – und umgekehrt) und
- wie möchten und werden die Parteien solche Wohnquartiere fördern?

Die Frage, wie sich ältere Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung wohl fühlen, ist auch eine Frage der Stadtplanung. Hier müssen gemäß den lokalen Möglichkeiten und Bedürfnissen Faktoren wie eigene Versorgung (für den täglichen Bedarf, aber auch medizinisch und kulturell) und die Mobilität im Mittelpunkt stehen. Wir wollen daher solche Erhebungen von Seiten des Landes unterstützend begleiten. Ehrenamtliches nachbarschaftliches Engagement ist hoch einzuschätzen, aber es darf nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Bei innovativen Wohnformen im Alter („Alten-WGs") zeigt sich, dass diese Möglichkeiten zur Zeit aufgrund überbordender gesetzlicher Vorschriften im Rahmen des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG) zu wenig genutzt werden.

Die möglichst wohnortnahe Versorgung im Alter setzt aber bei aller familiärer und nachbarschaftlicher Hilfe auch die ausreichende flächendeckende Kapazität an stationären Einrichtungen voraus, die aufgrund der derzeit allzu strikten Handhabung der Landesheimbauordnung mit zu geringen Übergangsfristen beispielsweise bei der Einzelzimmerverordnung in Gefahr sind.

Migrations- und Integrationspolitik

- Wie werden Sie die Kommunen bei ihren Unterbringungs- und Integrationsaufgaben vor Ort unterstützen?

Die Landesregierung hat beim verspäteten und hektischen Ausbau der Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge viel Vertrauen verspielt und öffentlich-rechtliche Verträge gebrochen. Auch bei der Finanzierung der vorläufigen Unterbringung gelang viel zu lange keine Einigung mit den Kreisen und Kommunen. Die jüngste Einigung sieht zwar die nachlaufende Spitzabrechnung mit Pauschalen als Abschlagszahlungen vor, lässt aber viele kommunale Kämmerer in Ungewissheit. Für die zahlreichen Aufgabe rund um die Integration von Flüchtlingen vor Ort muss aber das Konnexitätsprinzip zu verlässlicher Anwendung kommen.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Daneben hat die Landesregierung die Herausforderungen der Anschlussunterbringung aus dem Blick verloren. Die homöopathische Landesförderung mit 30 Mio. Euro ist bereits überzeichnet. Es bedarf aus unserer Sicht der Mobilisierung privater Investoren für den sozialen Wohnungsbau. Aber durch die Einführung der Mietpreisbremse und einer absurden Landesbauordnung hat Grün-Rot die Anreize hierfür abgewürgt.

- Mit welchen Maßnahmen möchten Sie einen schnellen Spracherwerb und eine rasche Eingliederung in die Berufswelt fördern?

Für eine schnelle und wirksame Integration von Flüchtlingen ist sowohl der schnelle Spracherwerb als auch die rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt unabdingbar. Wir Freien Demokraten fordern deshalb eine unmittelbar an die Ankunft anschließende Sprachstandabfrage in den Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie die Vermittlung der deutschen Sprache ab dem ersten Tag. Die Sprachkurse des Bundes sind im Bedarfsfall durch länderfinanzierte Sprachkursangebote zu ergänzen. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher sowie die Einbindung privater Sprachschulen als Chance. Wir benötigen mehr Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache" für Vorbereitungsklassen sowie mehr Mittel für Dolmetscher, Sozialarbeiter und Lehrmaterial für Schulen, die Vorbereitungsklassen anbieten. Die berufsvorbereitende Beschulung muss auch für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr möglich gemacht werden. Den beruflichen Schulen müssen daher ausreichende Personal- und Sachmittel für die Integrationsklassen zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausübung eines Berufs ist sinnstiftend und besitzt eine katalysatorische Wirkung auf die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen. Deshalb sollen Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt schnell selbst bestreiten können. Hierzu benötigen wir eine standardisierte Abfrage der Qualifikationen in den Erstaufnahmestellen zur frühzeitigen Feststellung von Fähigkeiten und gezielten Vermittlung von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive. Darüber hinaus muss mit dem Antrag auf Asyl gleichzeitig ein Antrag auf die Anerkennung des Berufs- oder Studienabschlusses gestellt werden können. Wir benötigen zudem eine zentrale Stelle, die arbeitswillige Flüchtlinge und Arbeitgeber unbürokratisch zusammenbringt. Ebenso müssen bürokratische Hürden bei der Vorrangprüfung abgebaut und Anerkennungsverfahren weiter beschleunigt werden.

- Welche Integrationsmaßnahmen sehen Sie hierbei als besonders wertvoll an?

Damit aus der Flüchtlingskrise keine Integrationskrise wird, muss der Zugang der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in den hiesigen Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Flüchtlinge sollen möglichst schnell ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise selbst bestreiten können. Das entspricht dem

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Willen der meisten Flüchtlinge und entlastet unseren Sozialstaat. Die Integration in Arbeit muss daher von Anfang an konsequent gefördert werden. Die Arbeitgeber signalisieren eine große Bereitschaft, Flüchtlinge zu beschäftigen. Dafür brauchen sie aber insbesondere Rechtssicherheit. Rechtlich abgesichert werden müssen daher beispielsweise die Möglichkeiten zu Praktika. Beginnt ein Flüchtling eine Ausbildung, so darf er während dieser und innerhalb der darauf folgenden 18 Monate nicht von Abschiebung bedroht sein. Der flächendeckende Mindestlohn ist ein Einstellungshindernis für Flüchtlinge, besonders durch die weiteren Verschärfungen im Aufenthaltsrecht. Für bessere Einstiegschancen müssen Praktika – für alle, Ausländer und Deutsche – entbürokratisiert und für zwölf Monate mindestlohnbefreit sein. Wir haben darüber hinaus ein Konzept vorgelegt für den spezifischen Ausbau des dualen Ausbildungssystems, dessen Kernbestandteile eine kompakte einjährige Ausbildung sowie der fokussierte Spracherwerb sind. Wir setzen uns konkret dafür ein, dass für entsprechende Angebote zügig Ausbildungspläne erarbeitet werden. Die Ausbildungs- und Abschlussinhalte sollen den, auch fachspezifischen, Spracherwerb sowie die Vermittlung unseres kulturellen Werteverständnisses enthalten. Diese einjährige Ausbildung soll qualifizierte Ausbildungsgänge nicht ersetzen, aber bei erfolgreichem Abschluss auf Teile der regulären dualen Ausbildung angerechnet werden können.

Regionalentwicklung

- Wie stehen die Parteien zu der Weiterentwicklung der Förderprogramme „ELR" (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum) und „LSP" (Landessanierungprogramm)?

  Innenverdichtung ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraums. Hier zeigt sich jedoch, dass aufwändige Genehmigungs- und Prüfverfahren und Bauvorschriften (etwa in der mittlerweile kontraproduktiven Landesbauordnung) eher Hindernisse sind, die weder zur wirklichen Schaffung von mehr nutzbarer Wohn- und Gewerbefläche, noch zur Qualität beitragen.

  Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum ist eine Erfolgsgeschichte. Denn die ELR-Mittel lösen in der Fläche ein Vielfaches an Folgeinvestitionen aus und sind somit gut investiertes Geld. Bei der Weiterentwicklung des Programms muss künftig stärker beachtet werden, dass die örtlichen Versorgungsinfrastrukturen üblicherweise nicht an Stadt-, Gemeinde- oder Kreisgrenzen enden. Deshalb sollten Möglichkeiten der regionalen Kooperation stärker in die Programmgestaltung einfließen. Zudem ist die einseitige und bürokratische Ausrichtung auf sogenannte Schwerpunktgemeinden spätestens zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union zu korrigieren.

  Aufgrund eines sehr weit gefassten integrierten Stadtentwicklungsansatzes kann das Landessanierungsprogramm Baden-Württemberg deutlich flexibler eingesetzt werden, als dies mit den z.T. sehr spezifischen Bundesprogrammen möglich ist. Das LSP stellt mit einem üblichen

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Bewilligungszeitraum von acht Jahren eine kontinuierliche Sanierungstätigkeit sicher, der längere Bewilligungszeitraum behindert komplexere Maßnahmen, wie sie oft vor Ort anfallen. Wir treten für eine angemessene Fördermittelausstattung beim Landessanierungsprogramm ein. Die Fördermittel müssen sinnvoll durch steuerliche Behandlungsmaßnehmen bei der Behandlung von Sanierungsmaßnahmen in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten bzw. städtebaulichen Entwicklungsbereichen nach § 7 h Einkommensteuergesetz (EStG) bzw. bei denkmalgeschützten Gebäuden nach § 7 i EStG unterstützt werden. Dadurch werden die Attraktivität und damit die Effizienz der Maßnahmen (Multiplikatoreffekt) über eine direkte Bezuschussung hinaus gewährleistet. Die Effektivität der Wohnungs- und Städtebauförderung im oben beschriebenen Umfange sollte durch eine Bündelung der Kompetenzen für alle Förderwege auf Landesebene erhöht werden. Wir setzen uns für eine Bündelung dieses Bereiches in einem eigenständigen Wirtschaftsministerium ein.

- Was werden die Parteien tun, um den ländlichen Raum weiterhin attraktiv zu halten oder attraktiver zu machen?

Zu den zentralen Rahmenbedingungen gerade für Selbstständige und mittelständische Arbeitgeber im ländlichen Raum zählen die Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur. Um rasch eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen und um den Sanierungsstau bei den Landesstraßen aufzulösen, wollen die Freien Demokraten eine Zukunftsoffensive in Höhe von 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Infrastruktur auflegen. Damit der Landeshaushalt nicht belastet wird, soll dazu ein Teil des Stiftungskapitals der Landesstiftung umgeschichtet werden. Außerdem muss die Mittelverteilung im sogenannten Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) so umgestellt werden, dass wieder der überwiegende Teil der LGVFG-Mittel für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung steht. Auch der öffentliche Personennahverkehr darf im ländlichen Raum nicht ausgedünnt werden.

Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist ebenfalls eine wichtige Zukunftsaufgabe. Kleinere Krankenhäuser stehen vor großen Herausforderungen und sind oftmals nur durch regionale Kooperationen und Spezialisierungen auf bestimmte Fachgebiete zu halten. Das Land muss deshalb seiner Pflicht zu einer angemessenen Investitionsförderung ländlicher Krankenhäuser gerecht werden und eine aktivere Krankenhausplanung als bisher betreiben. Es gilt, sektorenübergreifende Angebote zu entwickeln und dabei die Möglichkeiten der Telemedizin zu nutzen. Zudem bleibt es eine Daueraufgabe, die Attraktivität des Arztberufs zu erhöhen. Neue Arbeitszeitmodelle und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wichtiger. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung des Landärzte-Förderprogramms ein, etwa durch genossenschaftliche Ärztemodelle. Pflegebedürftigkeit darf auch im ländlichen Raum nicht zur Isolation führen. Wir wollen daher die ambulanten Pflegedienste stärken, Betreuungskräfte im Alltag besser absichern und eine zuverlässige Heimversorgung erreichen.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Auch der Wandel von klassischen Heilbädern und Kurorten hin zu Wellness und Gesundheitstourismus muss durch Investitionen und Marketing des Landes begleitet werden.

Wir Freien Demokraten verstehen das Ehrenamt als Stärke des ländlichen Raums. Vereine und Initiativen aller Art sind ein lebensnotwendiger Baustein unserer Zivilgesellschaft. Dementsprechend muss auch die Landespolitik die ehrenamtlich Tätigen unterstützen und deren Einsatz in angemessener Form würdigen. Die FDP setzt in der Landespolitik an vielen Stellen für umfassende Entbürokratisierung ein. Gerade die Mindestlohn-Gesetzgebung und die damit verbundenen Dokumentationspflichten sehen wir kritisch. Wir wollen außerdem die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiterhin verbessern, z.B. bei Haftungsfragen und klarere Regelungen für die steuerliche Anerkennung vorantreiben, die eine faire Behandlung der Aktiven bedeuten. Wir wollen die Belastungen des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements zum Beispiel durch das Mindestlohngesetz und die rechtlichen Rahmenbedingungen weiterhin verbessern sowie steuerliche Regelungen für das Ehrenamt weiter vereinfachen und der immer restriktiveren Auslegung durch die Finanzämter entgegenwirken. Außerdem sollen Ehrenamt und Hauptamt besser vernetzt und Potenziale der ehrenamtlich Engagierten einbezogen werden.

- Welche Konzepte haben die Parteien, um den Zentren/Verdichtungsräumen gegen die Wohnungsnot, den Stau, die Feinstaubbelastung zu helfen?

Wohnungsnot ist eine Frage des mangelnden Angebots und nicht ausreichender Kapazitäten. Nur ein geringer Teil des Wohnraums wird durch die Öffentliche Hand erstellt. Mehr Angebot entsteht nur durch eine größere Bereitschaft privater Investoren in Wohnraum. Absurde Vorschriften in der Landesbauordnung, umständliche Genehmigungsverfahren, organisiertes Misstrauen im Rahmen von Leerstandskontrolle und Zweckentfremdungsverbot sowie Fehlsteuerungen durch Mietpreisbremse sind genau die falschen Signale. Wohnbau muss eine klare Zuständigkeit auf ministerialer Ebene haben und die Bewältigung zusätzlicher Herausforderungen wie beispielsweise dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive muss hohe Priorität haben.

Wie weiter oben bereits erwähnt, wollen wir im Hinblick auf den Bau von Landesstraßen und die Förderung des Ausbaus von Breitbandinternet in der nächsten Legislaturperiode insgesamt eine Milliarde Euro mehr ausgeben, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Unser Vorschlag ist gegenfinanziert. Unabhängig von der Entwicklung der Steuereinnahmen stellen wir sicher, dass wir aus Mitteln der Landesstiftung und möglichen Privatisierungserlösen die erforderliche Deckung herstellen können. Daneben bleibt Baden-Württemberg bisher im Straßenbau hinter seinen Verhältnissen zurück. Angesichts der drastisch gestiegenen Steuereinnahmen des Landes wäre mehr möglich gewesen. Im Hinblick auf die Stauvermeidung bieten Telematik und die Kommunikation zwischen Infrastruk-

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

tur und Fahrzeugen sowie der Fahrzeuge untereinander großes Potenzial. Im Positionspapier „Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg 23" unserer Landtagsfraktion sind die wesentlichen Handlungsfelder in den Bereichen Verkehrsmanagement, Zukunftstechnologie, Mobilitätsdienste und Logistik beschrieben. Die Schwachstellen, wie beispielsweise der Albaufstieg der A 8 oder der Ausbau der A 5 und A 6 müssen beseitigt werden. Wir Freien Demokraten treten für gute Rahmenbedingungen für den Straßenverkehr ein. Eine Politik gegen das Auto ist für uns in Baden-Württemberg undenkbar. Zum Thema Feinstaub: Nur sieben Prozent des Feinstaubaufkommens stammt aus Verkehrsabgasen. Wir wollen uns daher vorrangig den anderen Quellen zuwenden und ansonsten durch den Bau von Ortsumgehungen die Menschen von unnötigem Verkehr entlasten.

- Wie stehen die Parteien zur kommunalen Selbstverwaltung, zur repräsentativen Demokratie und vor allem zum Konnexitätsprinzip (wer bestellt – bezahlt)?

  Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und das Land im Sinne des Bürokratieabbaus aus Prozessen und Verwaltungsabläufen zurückziehen. So wollen wir die Gestaltungsfreiheit der Kommunen als Schulträger verbessern, wir wollen die zahlreichen staatlichen Förderprogramme ausdünnen und den Kommunen statt- dessen mehr Geld zur freien Verfügung überlassen. Wir wollen prüfen, ob die Förderung von Investitionen in kleineren Gemeinden, die nicht über die notwendige eigene Finanzkraft verfügen, auf die Landkreise als Selbstverwaltungsaufgabe übertragen werden kann. Wir wollen staatliche Standards und Vorgaben auf den Prüfstand stellen und wir wollen den Städten und Gemeinden wieder mehr Freiheit in der Bauleitplanung verschaffen.

  Der rechte Ort, um Planungs- und Strukturentscheidungen über die zukünftige Gestaltung einer Stadt oder einer Gemeinde zu treffen, ist der Gemeinderat und nicht die Regionalversammlung, das für Landesplanung zuständige Ministerium oder die Staatliche Aufsicht. Bei wirtschaftlicher Betätigung der Städte und Gemeinden ist allerdings der Vorrang mittelständischer Unternehmen zu beachten.

  Was das Konnexitätsprinzip angeht, hat sich die FDP/DVP hier immer klar positioniert: die Änderung aus dem Jahr 2008 hatten wir bereits in unserem Programm zur Landtagwahl 2006.

Arbeitsplätze und Arbeitskräfte

- Welche Konzepte haben die Parteien, um dieses Trio zu fördern und weiter auszubauen?

  Die Wissensmenge in der Welt wächst immer schneller. Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen in unserem Land haben eine Vielzahl von herausragenden Forschungsleistungen

vorzuweisen, die zu diesem Wachstum beitragen. Es ist Tradition der Freien Demokraten, diesen Wissenszuwachs als Chance zur Sicherung unserer Zukunft zu begreifen. Risiken neuer Erkenntnisse müssen erkannt, diskutiert und gemanagt werden – dürfen aber den Fortschritt nicht verhindern.
Diese Vielfalt im Land ist eine Stärke, ihre Erhaltung und Förderung darum ein wichtiges Anliegen der Freien Demokraten. Dafür werden wir uns auch auf der europäischen Ebene stark machen, denn gerade in einem Europa, in dem die Regionen um Unternehmen und Wissenschaftler konkurrieren, muss Baden-Württemberg ein idealer Standort für Forschung sein.

Wir werden:

keine Denkverbote und ideologisch motivierte Forschungsbegrenzungen akzeptieren, sondern die Freiheit des Geistes und der Forschung gewährleisten,

die von der grün-roten Landesregierung vorgenommenen Regulierungen der Forschung an den Hochschulen wieder aufheben,

den im Jahr 2015 abgeschlossenen „Hochschulpakt 2020" loyal erfüllen, damit die Verlässlichkeit der Planung bis 2020 bestehen bleibt,

für die Zeit ab 2021 einen neuen Hochschulpakt anstreben, der die Finanzierung wiederum für fünf Jahre sichert,

neue Zukunftschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, um exzellente Köpfe im Land zu behalten,

das Innovations- und Patentmanagement im Land neu strukturieren und modernisieren,

die Unterstützung für Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen bei der Einwerbung von Forschungsmitteln verbessern.

einen ‚Innovationsrat 2.0' einsetzen, der in Anlehnung an den 2007 – 2010 tätigen Innovationsrat eine Plattform schaffen soll, um Wirtschaft, Wissenschaft und Politik besser zu vernetzen und die notwendigen Innovationen und Maßnahmen für die baden-württembergische Wirtschaft zu analysieren und konzentriert voranzutreiben,

darauf achten, dass die privaten Hochschulen gleichberechtigt wie die staatlichen Hochschulen an den staatlichen Förderprogrammen partizipieren können.

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADES1600

- Welche Möglichkeiten sehen die Parteien, um Unternehmen, d.h. indirekt auch den Gemeinden ausreichende Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten?

  Die Erweiterungsmöglichkeiten sind für viele Firmen vor Ort eine entscheidende Standortfrage. Bauen braucht Fläche. Die Ausweisung von neuen Gewerbeflächen ist momentan an eine Fülle von Regelungen gebunden, darunter aufwendige Risiko- und Ausgleichsanalysen aus natur- und artenschutzrechtlichen Gründen sowie eine „Plausibilitätsprüfung für Flächenbedarfsnachweise", bei der der Flächenbedarf vor der Ausweisung nach einer Formel errechnet werden muss. Wir setzen uns in Absprache mit den Kommunen für flexiblere Regelungen ein. Auf diese Voraussetzungen hat die Landesregierung im Übrigen unlängst noch eine Erschwernis draufgesattelt, indem sie die Bürgerbeteiligung bei der Ausweisung von Baugebieten gegen den Widerstand der kommunalen Spitzenverbände erweiterte und damit zusätzliche langwierige Abstimmungsverfahren drohen. Wir wollen den Gemeinden mehr Kompetenz im Flächenmanagement zugestehen. Zu restriktive Vorgaben des Landes zum Flächenverbrauch sind in einem von Wachstum und starker Zuwanderung geprägten Land wie Baden-Württemberg nicht mehr zeitgemäß.

- Innenentwicklung statt Außenentwicklung ist oft ein großes Hindernis, da die Flächen in den Innenbereichen nicht verfügbar oder durch aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe langfristig blockiert sind. Welche Lösungen sehen hier die Parteien für die Gemeinden?

  Innenverdichtung ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung neuen Wohnraums. Hier zeigt sich jedoch, dass aufwändige Genehmigungs- und Prüfverfahren und Bauvorschriften (etwa in der mittlerweile kontraproduktiven Landesbauordnung) eher Hindernisse sind, die weder zur wirklichen Schaffung von mehr nutzbarer Wohn- und Gewerbefläche, noch zur Qualität beitragen.

- Wie sieht bei den Parteien eine Unterstützung des Handels und Gewerbes in den Städten aus, die unter Flächenmangel, Parkplatznot und Onlineshopping (eine große Bedrohung der Innenstädte) leiden?

  Zur Ausweisung und Erschließung neuer Flächen siehe Punkt 2. In einigen Gemeinden wird eifrig die dogmatische Vorstellung der „autofreien Innenstädte" verfolgt, bedauerlicherweise mit restriktiven Ideen von vorgestern, wozu auch die Reduzierung von Parkraum gehört. Dabei verfügen wir in Baden-Württemberg über hervorragende Mobilitätskonzepte für Innenstädte, die jedoch vor diesen ideologisch simplen Dogmen keine konkrete Städteplanung erfahren.

  Die digitalen Möglichkeiten des Einkaufs werden von Handelsverbänden nicht nur als Bedrohung empfunden. Wir haben daher die parlamentarische Initiative einer „Digitalen Einkaufsstadt" auf den Weg gebracht, bei der nach bayerischem Vorbild zunächst modellhaft in ausgewählten Gemeinden die Möglichkeit der digitalen Möglichkeiten als Ergänzung zum

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

stationären Handel erprobt werden können. Grundlage dieser Möglichkeiten ist dafür natürlich die flächendeckende Versorgung der Händler mit Breitbandkapazitäten, wofür wir eine Investitionsoffensive mit einer Milliarde aus den Mitteln der Landessstiftung fordern.

Nachhaltigkeit bei Infrastruktur – Verkehr – Energie – Landwirtschaft und Tourismus

- Wie werden die Parteien die Städte und Gemeinden bei der Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur ganz konkret unterstützen (Förderprogramme, Zuschüsse)?

  Es ist guter Brauch, dass der kommunale Investitionsfonds des Landes im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden festgelegt wird. In Anbetracht des absehbar großen Investitionsbedarfs und der Notwendigkeit einer stabilen Finanzierung sind wir für Gespräche offen. Wir wollen das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) weiterentwickeln. Wir werden wieder 60 % der zur Verfügung stehenden Mittel für den Straßenbau vorsehen. Die Mittel für Erhaltung und Ausbau der Landesstraßen wollen wir dauerhaft auf ein höheres Niveau steigern. Die Landesstraßen sichern vor allem im ländlichen Raum die Mobilität der Bürger.

- Welche Ansätze/Konzepte haben die Parteien zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Städten, Verdichtungsräumen (Stau/Feinstaub) und im ländlichen Raum (Straßen)?

  Im Hinblick auf den Bau von Landesstraßen und die Förderung des Ausbaus von Breitbandinternet wollen wir (wie bereits vorstehend erwähnt) in der nächsten Legislaturperiode insgesamt eine Milliarde Euro mehr ausgeben, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Unser Vorschlag ist gegenfinanziert.

  Unabhängig von der Entwicklung der Steuereinnahmen stellen wir sicher, dass wir aus Mitteln der Landesstiftung und möglichen Privatisierungserlösen die erforderliche Deckung herstellen können. Daneben bleibt Baden-Württemberg bisher im Straßenbau hinter seinen Verhältnissen zurück. Angesichts der drastisch gestiegenen Steuereinnahmen des Landes wäre mehr möglich gewesen. Wir wollen den Aufbau eines integrierten Verkehrsmanagements fördern, das Straßenverkehr (Personen- und Güterverkehr) mit anderen Verkehrsträgern verknüpft und den Verkehr als Gesamtsystem optimiert. Im Hinblick auf die Stauvermeidung bieten Telematik und die Kommunikation zwischen Infrastruktur und Fahrzeugen sowie der Fahrzeuge untereinander großes Potenzial. Im Positionspapier „Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg 23" unserer Landtagsfraktion sind die wesentlichen Handlungsfelder in den Bereichen Verkehrsmanagement, Zukunftstechnologie, Mobilitätsdienste und Logistik beschrieben. Die Schwachstellen, wie beispielsweise der Albaufstieg der A 8 oder der Ausbau der A 5 und A 6 müssen beseitigt

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

werden. Wir Freien Demokraten treten für gute Rahmenbedingungen für den Straßenverkehr ein. Eine Politik gegen das Auto ist für uns in Baden-Württemberg undenkbar.

Zum Thema Feinstaub: Nur sieben Prozent des Feinstaubaufkommens stammt aus Verkehrsabgasen. Wir wollen uns daher vorrangig den anderen Quellen zuwenden und ansonsten durch den Bau von Ortsumgehungen die Menschen von unnötigem Verkehr entlasten

- Wie stellen sich die Parteien ein Gelingen der Energiewende vor und welche konkreten Maßnahmen möchten Sie umsetzen oder aktiv unterstützen?

Die Energieversorgung muss auch künftig für jedermann sicher und bezahlbar bleiben. Dem eigenen Einfluss Baden-Württembergs auf das Weltklima sind zunächst enge Grenzen gesetzt. Einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz wird die hiesige Energiewende daher nur leisten, wenn sie durch bezahlbare Preise, steigende Energieeffizienz und einen weiter wachsenden Anteil erneuerbarer Energien andere Länder zur Nachahmung einlädt. Zudem muss sie mit der Entwicklung zu einem echten europäischen Binnenmarkt für Energie harmonieren. Als zentrales Instrument der Energiewende sollte daher der europäische Emissionshandel gestärkt werden, weil er, anders als die deutsche Ökostromumlage, marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienz setzen kann. In diesem Sinne sollte Baden-Württemberg seine Stärken in die Energiewende einbringen. Diese liegen im windarmen Südwesten nicht im subventionierten Ausbau sogenannter Schwachwindanlagen, sondern im Sinne des blauen Wachstums in technischen Innovationen zur effizienten Nutzung von Wärme, Kraftstoffen und Strom. Auch die Forschung an verschiedensten Verfahren zur Energiespeicherung ermöglicht Chancen für den Mittelstand. Wichtig ist, bei allen Schritten der Energiewende – und nicht zuletzt beim unverzichtbaren Ausbau der Stromnetze – die Bevölkerung umfassend zu informieren und mitzunehmen. Änderungen müssen von den Menschen getragen, mit Rücksicht auf Natur, Landschaft und Umwelt geplant sowie von der Politik begleitet werden.

Konkret wollen wir die Energieberatung vor Ort fördern, indem das Land sich künftig an der Grundfinanzierung der regionalen Energieagenturen beteiligt. Den starren 15 Prozent-Pflichtanteil erneuerbarer Energien im Erneuerbare-Wärme-Gesetz und die praxisfernen Pflichten für Nichtwohngebäude wollen wir beseitigen. Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung voranbringen, hier jedoch auch verstärkt auf dezentrale KWK (z.B. Nachbarschaftskraftwerke / Mikro-KWK) setzen und bei leitungsgebundener Nah- und Fernwärmeversorgung die Verbraucherfreiheit und den Wettbewerb stärken. Kommunale Anschlusszwänge sind aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Stattdessen sollte die Energiekartellbehörde des Landes gestärkt werden. Die Fördermittel des Landes wollen wir auf die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren. Bei der Windenergie wollen wir den Vorsorgeabstand zu

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Wohngebieten auf 1500 Meter erhöhen und das Planungsrecht novellieren. Die Landesbeteiligung der EnBW soll nach erfolgreicher Restrukturierung des Unternehmens verkauft werden. Dabei streben wir im Sinne des Wettbewerbs eine mittelständisch geprägte Eigentümerstruktur an.

- Wie stehen die Parteien zu unserer heimischen Landwirtschaft? Wie fördern sie die Erhaltung ihrer Produktionsgrundlagen und die bessere Vermarktung ihrer Produkte?

Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur nach wie vor eine bedeutende Wirtschaftsbranche, sondern sichert zugleich die Pflege unserer wertvollen und artenreichen Kulturlandschaften. In kaum einer anderen Branche ist das vorausschauende Denken und Planen so verankert wie hier. Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen hinweg. Dabei stellen modernste Technologien wie Precision Farming keinen Gegensatz zur Nachhaltigkeit dar, sondern führen – richtig eingesetzt – zu deren Stärkung. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben sich zu einem hoch innovativen Mittelstand entwickelt. Dank moderner Anbauweisen und höchster Qualität gehören Produkte aus Deutschlands Südwesten zu Recht zu den beliebtesten bei den Verbrauchern im In- und Ausland. Trotz des technischen Fortschritts ist die Arbeit in Feld, Wald und Weinbergen nach wie vor von den Launen der Natur abhängig. Erträge und Gewinne werden nicht nur vom Markt beeinflusst, sondern auch von Unwägbarkeiten wie dem Wetter. Es ist daher die besondere Aufgabe der Politik, diejenigen zu fördern, die tagtäglich bereit sind, diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe mit privater und wirtschaftlicher Verantwortung zu übernehmen. Ihnen müssen wir das Leben so leicht als möglich machen.

Konkret wollen wir dazu die von Grün-Rot einseitig auf Ökologie ausgerichteten Förderprogramme der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der beihilferechtlichen und finanziellen Möglichkeiten nachträglich entbürokratisieren und umschichten, um Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen. Im Wege einer Bundesratsinitiative wollen wir uns für eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe einsetzen, damit diese ertragsstarke Jahre besser mit ertragsschwachen verrechnen können und unabhängiger von kurzfristigen Liquiditätshilfen werden. Das praxisferne Grünlandumbruchverbot im Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz wollen wir auf den europa- und bundesrechtlichen Mindeststandard begrenzen. Die eigentumsfeindlichen und bürokratischen Regelungen für Gewässerrandstreifen im Wassergesetz wollen wir korrigieren. Zur Erhaltung der ökologisch, kulturell und touristisch wertvollen Steillagen im Weinbau wollen wir ein landeseigenes Förderprogramm einrichten und das Weinmarketing des Landes verstärken. Mit Blick auf den Rechtsstreit mit dem Kartellamt wollen wir nach bayerischem Vorbild eine gleichermaßen kartellrechtssichere wie nachhaltige Forststruktur für Privat-, Kommunal- und Staatswald schaffen. Das bevormundende und eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht ist wieder durch ein Jagdgesetz mit praktikablen Wildschadensregelungen abzulösen und die in vielen Kreisen schon ausgesetzte Jagdsteuer endgültig abzuschaffen. Wir wollen ein wirksames Kormoran- und Bibermanagement ermöglichen sowie einen Ausgleichsfonds für

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12
www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600

Freie Demokraten

Landesverband Baden-Württemberg FDP

Biberschäden einrichten. Das Fischereirecht wollen wir mit Blick auf das überholte Nachtangelverbot und das zu hohe Mindestalter für den Jugendfischereischein modernisieren sowie die Zuständigkeiten für das Fischereiwesen im Ministerium wieder in die Landwirtschaftsabteilung zurückführen. Das Agrarmarketing des Landes wollen wir mit dem Schwerpunkt der Regionalvermarktung modernisieren.

- Welche Konzepte und Maßnahmen sehen die Parteien, die Tourismuswirtschaft im Land noch effizienter und effektiver zu fördern und dennoch auf Nachhaltigkeit zu setzen?

  Wir wollen das Tourismusfinanzierungsprogramm der L-Bank dem aktuellen Förderbedarf der mittelständischen Tourismuswirtschaft anpassen, die allgemeinen Beratungs- und Finanzierungsangebote an Gründer im Gastgewerbe verstärken (z.B. mit den bewährten Beratungsgutscheinen) und durch gezielte Integrationsangebote auch Gründern mit Zuwanderungsgeschichte Chancen auf dauerhaften Erfolg ermöglichen. Denn das Tourismus- und Gastgewerbe ist mit einem hohen Anteil von Gründern mit Zuwanderungsgeschichte nicht zuletzt auch ein Integrationsmotor unter den Wirtschaftsbranchen. Zudem wollen wir Baden-Württemberg als hochqualitativen Gesundheitsstandort mit Kliniken und Reha-Einrichtungen der Spitzenmedizin sowie hochwertigen Heilbädern für Behandlungsgäste aus dem Ausland noch bekannter machen. Hierzu ist insbesondere zu prüfen, wie der Aktionsplan „Heilbäder und Kurorte" bedarfsgerecht weiterentwickelt werden kann. Außerdem wollen wir die touristische Infrastruktur verbessern. Dazu zählt aus Sicht der FDP auch die gezielte Förderung ausgewiesener Mountainbike-Strecken und –Trails in den Naturparks sowie außerhalb der Naturparks im Erholungswald.

Das vollständige Wahlprogramm finden Sie unter folgendem Link: https://www.fdp-bw.de/docs/FDPBW_LW_Programm_2016_druckversion.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Ulrich Rülke

Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei Baden-Württemberg
Postanschrift: 70014 Stuttgart, Postfach 10 15 52
Hausanschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart
Telefon: 0711 666 18 0 Telefax: 0711 666 18 12

www.fdp-bw.de
Baden-Württembergische Bank Stuttgart
(BLZ 600 501 01) 787 152 0891
IBAN: DE09600501017871520891 BIC: SOLADEST600